



Homberg (Efze), den 30.11.2017

11. Sitzung
Leg.-Periode 2016 / 2021

NIEDERSCHRIFT

der 11. Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend, Soziales und Integration
am Mittwoch, 29.11.2017, 18:30 Uhr bis 20:25 Uhr

Anwesenheiten

Anwesend:

Ausschussvorsitzender Ulrich Fröhlich-Abrecht
stellv. Ausschussvorsitzende Sandra Melchior
Ausschussmitglied Gert Freund
Ausschussmitglied Richard Götte
Ausschussmitglied Joachim Jerosch
Ausschussmitglied Heinrich Nistler
Ausschussmitglied Marion Ripke
Ausschussmitglied Marcel Smolka

Vom Magistrat:

Bürgermeister Dr. Nico Ritz

Von der Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnete Jana Edelmann-Rauthé

Von der Verwaltung:

Herr Nils Arndt
Herr Machiel Twisk
Herr Klaus Herz
Frau Larissa Marquardt

Gäste:

Frau Schmidt, KiTa Osterbach
Frau Wecke, KiTa Wernswig
Frau Hafermas-Fey, AWO
Frau Michel (AWO)
Frau König (AWO)
Frau Lesemann (AWO)

Schriftführer:

Schriftführer Jan Schmitt

Sitzungsverlauf

Der Ausschussvorsitzende, Herr Fröhlich-Abrecht, eröffnet um 18:40 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung und das Protokoll der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Für den Verlauf der Sitzung wird allen Anwesenden das Wort- und Rederecht eingeräumt.

Zunächst teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass Frau Nadine Potstawa (CDU) nicht mehr der Stadtverordnetenversammlung angehöre. Die CDU Fraktion habe bislang noch kein neues Mitglied für den Ausschuss benannt, daher werde heute Herr Götte in Vertretung an der Ausschusssitzung teilnehmen.

1. Neukonzeption der öffentlichen Gebäude in Caßdorf

VL-93/2017
1. Ergänzung

Herr Fröhlich-Abrecht verweist hierzu auf die Unterlagen, die die Ausschussmitglieder mit der Einladung erhalten haben. Hierbei gehe es darum die Maßnahmen Feuerwehrhaus und Kita-Erweiterung zeitgleich umzusetzen. Die Informationen seien umfangreich und anschaulich und beinhalten eine grobe Kostenrechnung. Dabei sei ihm aufgefallen, dass im Kita-Entwicklungskonzept die Erweiterung der Kita Caßdorf mit 350-450 tsd. € beziffert wurde. Die nun vorliegende Kostenschätzung belaufe sich aber auf 640 tsd. €.

Er bitte die Ausschussmitglieder um Fragen und Anmerkungen.

Frau Edlmann Rauthe bittet um Auskunft über die Kostendifferenz zwischen den im Kita-Entwicklungskonzept ausgewiesenen Kosten zu der nun vorliegenden Kostenschätzung.

Herr Bürgermeister Dr. Ritz führt hierzu aus, dass im Kita-Entwicklungskonzept nur die Kosten für eine Erweiterung benannt worden seien. Die nun vorliegende Kostenschätzung beinhalte aber auch die bauliche Aufwertung des Bestandsgebäudes.

Herr Smolka möchte wissen, warum bei der Altbausanierung eine energetische Sanierung fehle.

Herr Dr. Ritz erklärt, dass man davon ausgehe, dass das Gebäude energetisch saniert sei. Genaueres werde man aber überprüfen und nachträglich dem Ausschuss im Protokoll mitteilen.

(Anm.: Eine energetische Sanierung ist nach Aussage aus der Bauverwaltung doch noch nicht vorgenommen worden)

Herr Arndt ergänzt, dass nach Aussage des Architekten auch nur eine Deckendämmung und Fenster diesbezüglich sinnvoll seien. Eine Fassadendämmung aus Gründen derer Beschaffenheit eher nicht.

Herr Götte möchte wissen, ob man aus dem in den Plänen ausgewiesenen Mehrzweckraum nicht auch einen zusätzlichen Gruppenraum machen könne. Herr Dr. Ritz erklärt, dass bei einer 4-gruppigen Kita ein Mehrzweckraum erforderlich sei.

Herr Arndt führt aus, dass baulich zudem auch nur der Anbau einer Gruppe möglich sei.

Herr Smolka möchte wissen, warum die Pläne für den Anbau ein Flachdach vorsehe und ob man auch eine Photovoltaikanlage montieren könne.

Der Bürgermeister informiert, dass der Altbau bereits mit einer PV-Anlage versehen sei.

Herr Freund weist darauf hin, dass auch das DGH Gebäude sich für eine PV Anlage eignen könnte.

Gemäß Herr Arndt sei das Flachdach auf dem vorgesehenen Anbau ein architektonischer Ansatz und die Dachstruktur auch Gründe des Denkmalschutzes habe um klare Unterschiede zum Altbau des DGHs erkennbar zu machen.

Herr Fröhlich-Abrecht erkundigt sich nach der Zeitplanung bei so vielen Bauvorhaben, die Kitas betreffend.

Herr Dr. Ritz führt aus, dass man in der Lage sei, Bauvorhaben parallel durchzuführen. Zudem würde das Vorhaben an der Kita Osterbach voraussichtlich im Herbst 2018 abgeschlossen sein. Vertreter dieser Kita haben sich gemeinsam mit Herrn Twisk als Fachbereichsleiter und Mitgliedern des Magistrates für die Planungsvergabe des Bauvorhabens vor kurzem getroffen. Der Magistrat werde am 30.11.2017 abschließend über die Vergabe an ein Architekturbüro entscheiden. Er rechne damit, dass nach Genehmigung des Haushaltes im Februar oder März 2018 und Erhalt eines Fördermittelbescheids für das Bauvorhaben Feuerwehr eine Planungsvergabe für Caßdorf im Sommer 2018 realistisch sei. Er ergänzt, dass der Magistrat vorschlage, eine Krippengruppe in Caßdorf anzubauen.

Herr Jerosch fragt nach einer detaillierteren Kostenaufstellung.

Herr Arndt erklärt, dass man nur ein Konzept vorgelegt habe. Ein Planungsauftrag sei bisher noch nicht vergeben, daher habe man auch keine detailliertere Kostenaufstellungen, die auch die Bestandeingriffe z.B. in Küche und Technikräume darstellen.

Herr Fröhlich-Abrecht weist darauf hin, dass es am heutigen Tage um eine Grundsatzentscheidung gehe um dem Thema Krippengruppenplätze zu begegnen.

Herr Götte möchte wissen, ob der Ortsbeirat eingebunden wurde oder werde.

Herr Arndt berichtet, dass Architekt Hess das Konzept im Ortsbeirat vorgestellt habe. Dort sei es für gut befunden worden.

Frau Edelman-Raue fragt, warum Tagesmütter nicht im Kita-Entwicklungskonzept berücksichtigt worden seien und ob der Bedarf an Krippenplätzen nicht auch mit diesen zu decken sei.

Herr Dr. Ritz führt aus, dass man zurzeit ca. 15 % des Bedarfes an Krippenplätzen decken könne. Bei ca. 120 Kindern pro Jahrgang könne man mit den Bauvorhaben in Caßdorf und Mardorf eine Quote von ca. 20 %

erreichen. Tagesmütter können hier Spitzen ausgleichen. Eine Tagesmutter könne aber maximal 3 Kinder betreuen. Kitas böten zudem ein verlässliches Angebot. Er geht davon aus, dass der Bedarf vermutlich noch steige.

Frau Schmidt informiert, dass die Warteliste für einen Krippenplatz in der Kita Osterbach bei ca. 20 Kindern liege.

Herr Bürgermeister Dr. Ritz erklärt, dass man für die 3-6 jährigen, bei denen ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz zwingend bestehe gut aufgestellt sei. Probleme sehe er derzeit bei den 2 jährigen. Das größte Problem stelle aber die Anzahl der Betreuungsplätze für die einjährigen dar. Er empfehle daher, den Bestand aufzustocken.

Herr Freund erkundigt sich nach Zuschüssen.

Herr Bürgermeister Dr. Ritz antwortet, dass vorgesehen sei, zusätzlich zu den in der Vorlage genannten Fördermitteln, Mittel aus dem Kreisausgleichstock zu beantragen.

Herr Nistler erkundigt sich, wie die Bauvorhaben Feuerwehr und Kita-Anbau zusammen hängen.

Herr Dr. Ritz führt aus, dass die Heizungsanlage von Feuerwehr und Kita zusammenhängen. Zudem müsse das alte Gebäude der Feuerwehr abgerissen werden, damit man eine Krippengruppe errichten könne.

Der Ausschussvorsitzende verliest den vorliegenden Beschlussvorschlag und regt an, diesen um die Kostenerfassung für eine energetische Sanierung des Bestandsgebäudes der Kita zu ergänzen.

Beschluss:

Im Stadtteil Caßdorf soll ein neues, multifunktional nutzbares Feuerwehrhaus unter Einbeziehung des bisherigen Dorfgemeinschaftshauses errichtet werden.

Außerdem soll die dort bestehende Kindertagesstätte um eine sog. Krippengruppe und notwendige Funktionsbereiche erweitert werden. Hierbei soll bei der Planungsvergabe eine energetische Sanierung der bestehenden Kita berücksichtigt werden.

Um Synergien nutzen zu können, sind beide Baumaßnahmen zeitgleich auszuführen.

Die voraussichtlichen Kosten beider Maßnahmen (etwa 1.200.000,- €) sind im Haushalt 2018 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 8
Ja-Stimmen: 8

- 2. Neubau einer Kindertagesstätte im Stadtteil Mardorf
Erwerb eines Grundstückes für den Neubau einer Kindertagesstätte;
hier: Abschluss eines Kaufvertrages für ein Alternativgrundstück im
Stadtteil Mardorf**

**VL-59/2017
2. Ergänzung**

Herr Fröhlich-Abrecht fasst zunächst den aktuellen Sachstand zusammen. Eine Rückmeldung aus dem Petitionsausschuss liegt bis dato nicht vor. Der Beschlussvorlage ist zu entnehmen, dass der Stadt nun ein Alternativgrundstück angeboten wurde. Die Stadtversammlung hat bislang dem geschlossenen Vertrag mit Herrn C. Kroeschell noch nicht zugestimmt. Zusätzlich liegt nun ein weiteres Angebot vor; damit stehen nun drei Grundstücke zur Disposition.

Bürgermeister Dr. Ritz ergänzt, dass nach seinen Informationen im Dezember das Ergebnis des Petitionsausschusses im Landtag bekanntgegeben wird. Anhand eines Lageplanes verdeutlicht er die geografische Lage und weist darauf hin, dass das (dritte) Grundstück bauplanungsrechtlich „herausfordernd“ sei. Ein mögliches Bauvorhaben sei noch nicht mit der Bauaufsicht abgeklärt; genauso wie die Regionalplanung. Teile des Grundstückes lägen nicht im „Geruchsemmission“ –gefährdenden Bereich. Er führt aus, dass dieses dritte Angebot möglicherweise deshalb vorliegt, weil der Eigentümer im Falle eines Neubaus auf dem Grundstück von Herrn Reimann eine mögliche Erweiterung seines eigenen landwirtschaftlichen Betriebes gefährdet sehe.

Herr Götte regt an, bei der Entscheidung des Standortes den Mardorfer Ortsbeirat einzubeziehen.

Herr Fröhlich-Abrecht fragt die Anwesenden, ob aufgrund der Sachlage der Ausschuss der vorliegenden Beschlussvorlage folgen will, oder zusätzlich nun auch das dritte Grundstück „gesichert“ werden soll.

Im Folgenden geben die Ausschussmitglieder zu Bedenken, dass das dritte Grundstück weit von der Ortslage entfernt sei, aber auch dicht an der Kreisstraße liege. Man solle auch die künftigen Betreiber (AWO) ebenso wie die Mardorfer Bevölkerung zum endgültigen Standort befragen.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass man das Ergebnis des Petitionsausschusses abwarten wolle. Alle aktuellen Preise und Informationen der vorliegenden Grundstückangebote sollten berücksichtigt werden, um eine Standortempfehlung seitens des Ausschusses zu geben. Daher solle generell der Zugriff auf alle potentielle Grundstücksangebote gesichert werden.

Somit ergebe sich eine Erweiterung des vorliegenden Beschlussvorschlages. Dann lässt der Vorsitzende über nachfolgende Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt für den Neubau einer Kindertagesstätte mit Herrn Volker Reimann und weiteren Grundstücksanbietern analog des Grundstückskaufvertrages Kroeschell einen Kaufvertrag über den Erwerb einer Teilfläche in Größe von ca. 3000 qm für das Grundstück Gemarkung Mardorf, Flur 8, Flurstück 50 vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 8
Ja-Stimmen: 8

Zunächst gibt Herr Fröhlich-Abrecht eine Zusammenfassung zum Sachstand: Die städtische Jugendpflege sucht nach neuen Beteiligungsformen von Jugendlichen an kommunalen Geschehen in Homberg. Aktuell gibt es keine funktionierende Stadtjugendvertretung. In der letzten Ausschusssitzung wurde für gut befunden, dass künftig die Homberger Schulen stärker in diese Vertretungsarbeit einbezogen werden sollen, ebenso Vereine mit ihren Jugendvertretern. Auch weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Jugendpflege vor kurzem an einer Fachtagung und der Klausurtagung der kommunalen Jugendarbeit Schwalm-Eder zum Thema Partizipation von Jugendlichen teilgenommen hat.

Bevor Jugendpfleger Jan Schmitt über Resultate der Klausurtagung berichtet, regt Herr Smolka an, über Patenschaften von Stadtverordneten und anderen kommunal Verantwortlichen nachzudenken. Seiner Meinung nach könnte eine direkte Ansprache und Begleitung von Jugendlichen durch diese Personengruppen ebenfalls helfen, Interesse Jugendlicher am Stadtgeschehen zu wecken.

Nun berichtet Jan Schmitt von einer Tagung in Frankfurt und der Klausurtagung in Germerode, die dem Austausch von Jugendpflegern zu diesem Themenkomplex dienen. Dort wurden verschiedene Beteiligungsmodelle auf ihre heutige Effektivität und Relevanz hin betrachtet und bewertet. Einigkeit bestand dort darin, dass die projektbezogene Partizipation eine häufig gut funktionierende Form der Beteiligung sei. Ebenso erkannten hier die Beteiligten, dass bestehende, klassische Beteiligungsformen aufgrund des technischen Fortschritts verbunden mit den sich dadurch veränderten Lebenswirklichkeiten junger Menschen, diesbezüglich verändert und weiter entwickelt werden müssen.

Anhand verschiedener Folien erläutert Herr Schmitt klassische Formate der Jugendbeteiligung und ein Stufenmodell, das unterschiedliche Partizipationsintensitäten aufzeigt.

Anschließend sehen die Anwesenden einen kurzen Film über eine neue zeitgemäße Form der Partizipation mit dem Titel:

„7 gute Gründe für digitale Jugendbeteiligung“,

Film DKJS 2016/ Lukas Hellbrügge, CC BY-ND 3.0 DE

<http://www.jugend.beteiligen.jetzt/digitale-partizipation/gute-gruende>

der ebenfalls auf den Fachtagungen diskutiert wurde.

Es habe sich aktuell eine Arbeitsgemeinschaft aus verschiedenen Jugendpflegern des Kreises und des Jugendbildungswerks gegründet, die sich nun weiter mit Fragen der Partizipation im allgemeinen und zu digitalen Beteiligungsmöglichkeiten im speziellen beschäftigt, so Herr Schmitt. Noch sind hierbei viele rechtliche Fragen offen. Auch die tatsächliche Umsetzung in technischer Hinsicht, der notwendigen Ressourcen, wie auch in Bezug auf konkrete Anlässe müsse noch durchdacht werden.

Herr Götte hält die vorgestellte digitale Beteiligungsform für spannend und zeitgemäß. Er fragt inwieweit dieses Modell schon erprobt ist und nach „best-practise“ Fällen.

Herr Schmitt erwidert, dass diese Beteiligungsform noch am Anfang stehe; einige wenige Beispiele seien aber im Internet zu recherchieren.

Herr Nistler weist darauf hin, dass zwar die Form der Beteiligung wichtig sei. Wichtiger sei es aber, dass man sich über die Inhalte im Klaren sein müsse, über die digital diskutiert werden solle.

Herr Smolka unterstützt diese Aussage und weist darauf hin, dass sich künftig gerade Stadtverordnete in diesem Zusammenhang bewusst fragen sollten, an welchen Entscheidungen man Jugendliche teilhaben lassen will. Auch regt er an, dass dieser Ausschuss auch im Jugendzentrum tagen könnte, um Jugendlichen die Möglichkeit der Teilnahme zu geben.

Herr Nistler und im Folgenden auch Frau Edelman-Raute weisen erneut darauf hin, dass man zunächst einen konkreten Anlass braucht, um Jugendliche anzusprechen. Sie fragen, wie man erfahre, was Homberger Jugendliche bewegt?

Herr Fröhlich-Abrecht fasst nun zusammen und stellt fest, dass die so genannte „Digitale Jugendbeteiligung“ nach Meinung des Ausschusses ein zukunftsweisendes Modell ist und deren Umsetzung und Anwendung in Homberg von der Jugendpflege weiter verfolgt werden sollte. Über die technische und praktische Umsetzung solle weiter hier im Ausschuss berichtet werden. Er bittet die Jugendpflege hierbei auch die finanziellen Aspekte zu berücksichtigen und auch die Möglichkeit der Unterstützung durch Fördermittel auszuloten. Letztlich weist er darauf hin, dass dieser Ausschuss gerne bereit sei, eine der nächsten Sitzungen im Jugendzentrum im Davidsweg stattfinden zu lassen.

4. Verschiedenes

Herr Smolka erinnert die Anwesenden an den kürzlich im Fernsehen ausgestrahlten Beitrag über den Homberger Bürgerbus. Hierin seien auch Jugendliche im Bus transportiert worden. Er fragt daher nach, ob es mittlerweile eine regelmäßige Zusammenarbeit zwischen Jugendzentrum und der Bürgerbusinitiative gebe und Jugendliche nun den Bus zum Transport zum- oder vom Jugendzentrum nutzen könnten.

Frau Edelman-Raute erklärt, dass sie persönlich an der Ausweitung der Fahrzeiten des Bürgerbusses zugunsten der Nutzung durch Jugendliche mitarbeitet. Zurzeit gäbe es unter Mitwirkung der Jugendpflege eine Bedarfsermittlung bei den Besuchern des Jugendzentrums. Jugendliche würden in das Projekt „Bürgerbus“ auch durch die Gestaltung von Plakaten einbezogen. Eine abschließende Regelung gebe es noch nicht.

Abschließend weisen Mitglieder des Ausschusses darauf hin, dass die Magistratsprotokolle zum Konzept der Kindertagesstätten dem Ausschuss noch immer nicht vorliegen; somit der Inhalt nicht bekannt und nicht diskutiert werden kann.

Der Ausschuss bittet daher die Verwaltung dringend, dieses Protokoll alsbald möglich vorzulegen.

Ulrich Fröhlich-Abrecht
Ausschussvorsitzender

Jan Schmitt
Schriftführer